

Insight-EU-Interview

Handelsexperte Lange zu Freihandelsgesprächen: Erst Spionage beenden

Interview: Thomas Strünkelnberg, dpa =

USA und EU wollen zur weltgrößten Freihandelszone zusammenrücken. Aber hätten die Verhandlungen überhaupt beginnen sollen - trotz der Spähvorwürfe gegen die Vereinigten Staaten? Der SPD-Handelsexperte Lange will den Amerikanern zeigen, wo die Schmerzgrenze der EU ist.

Brüssel (dpa Insight) - Der SPD-Handelsexperte Bernd Lange hat den Stopp der Freihandelsgespräche zwischen USA und EU gefordert, falls sich Spähvorwürfe gegen den US-Geheimdienst erhärten. Prinzipiell könne es nicht sein, unter Freunden und Partnern zu verhandeln und gleichzeitig ausspioniert zu werden, sagte der handelspolitische Sprecher der Sozialdemokraten im EU-Parlament Mitte Juli im Interview mit dpa Insight EU. «Also heißt das: Wenn sich die Spähvorwürfe gegen den US-Geheimdienst erhärten, muss es einen Stopp der Verhandlungen geben, dann auch dauerhaft.» Die in der Grundrechtecharta vereinbarten bürgerlichen Freiheiten müssten respektiert werden.

Die Verhandlungen hatten überschattet von den Spionagevorwürfen begonnen. Sollten die Verhandlungen zum Erfolg führen, würde die weltweit größte Freihandelszone mit gut 800 Millionen Einwohnern geschaffen. Experten hoffen auf bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze. Allerdings dürften die Gespräche Jahre dauern, Experten rechnen frühestens Ende 2014 mit einer Einigung. Parallel zu den Handelsfragen begann eine Arbeitsgruppe über die Spähvorwürfe zu diskutieren.

Voraussetzung dafür, tiefer in die Gespräche einzusteigen, sei es, die Spionage zu beenden, forderte Lange. Amerikanische Regierungsstellen und Unternehmen müssten den Datenschutz respektieren. «Meiner Meinung nach muss man den Vereinigten Staaten, die sehr starke offensive Interessen haben, einmal deutlich machen, wo unsere Schmerzgrenze ist.»

Allerdings werde es bis zur Klärung ohnehin nur gebremste Verhandlungen über technische Details und den Zeitplan geben. Gleichzeitig warnte Lange vor überhöhten Erwartungen an das Abkommen: «Ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten wird keine wesentlichen Impulse beitragen.» Er betonte aber: Entfielen die vergleichsweise geringen Zölle auf Automobile, dann sparte allein die deutsche Autobranche jährliche Zollkosten von mehr als einer Milliarde Euro ein.

dpa: Herr Lange, die Gespräche der EU über eine gemeinsame Freihandelszone mit den USA haben trotz der Spionagevorwürfe gegen die Amerikaner begonnen. Gleichzeitig tagt wegen dieser Vorwürfe eine Arbeitsgruppe. Was versprechen Sie sich davon?

Lange: «Zumindest Aufklärung. Bisher wissen wir noch gar nicht genau, was passiert ist. Wir wissen, dass es sicherlich Überwachungsprogramme der NSA gibt, aber wie detailliert etwa die EU-Vertretung in Washington abgehört wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber darüber Bescheid zu wissen ist eine Grundvoraussetzung, um mit den Vereinigten Staaten politisch zu verhandeln. Es kann nicht sein, dass man sich eine Strategie überlegt - und die Amerikaner wissen darüber schon Bescheid, wenn man in den Verhandlungsraum zurückkehrt. Also sollte es Klärung geben. Der zweite Schritt wäre, einen Stopp der Gespräche zu verlangen, falls sich die Vorwürfe erhärten.»

dpa: Für wie lange sollten die Gespräche ausgesetzt werden?

Lange: «Prinzipiell kann es nicht sein, dass man unter Freunden und Partnern verhandelt und gleichzeitig ausspioniert wird. Also heißt das: Wenn sich die Spähvorwürfe gegen den US-Geheimdienst erhärten, muss es einen Stopp der Verhandlungen geben, dann auch

dauerhaft. Die bürgerlichen Freiheiten, die wir in unserer Grundrechtecharta vereinbart haben, müssen respektiert werden.»

dpa: Nun verspricht man sich natürlich von dieser Freihandelszone einiges. Darum dürfte das Europaparlament in seiner Entschließung eben nicht gefordert haben, die Gespräche auszusetzen oder zu verschieben. Wie soll es nun weitergehen?

Lange: «Ich war dagegen, jetzt zu verhandeln. Dafür haben wir aber keine Mehrheit bekommen. Ich glaube schon, dass einige sehr bewusst die Chancen nutzen wollen. Wir versuchen schon seit zehn Jahren, ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten hinzubekommen, nur haben die Amerikaner das abgelehnt. Wir wollten das Fenster der Möglichkeiten jetzt nicht zuschlagen. Allerdings muss man natürlich sehen, dass die Realität nur gebremste Verhandlungen ermöglicht. Für die Kommission ist es schwierig, politisch zu verhandeln, solange die Vorgänge nicht geklärt sind. Es kann technische Gespräche geben, dabei geht es um den Rahmen, den Zeitplan und das Prozedere, aber keine inhaltlichen Verhandlungen. Mit Blick auf die Geheimdienste wird man klären, was dran ist an den Vorwürfen. Erst wenn eine zufriedenstellende Erklärung da ist, sollte politisch verhandelt werden.»

dpa: Was wäre denn für Sie die entscheidende Voraussetzung dafür, tiefer in die richtigen Gespräche einzusteigen?

Lange: «Voraussetzung wäre, dass die Spionage gestoppt wird. Und der Datenschutz muss von amerikanischen Regierungsstellen, aber auch Unternehmen respektiert werden. Diese Garantie müssen wir haben.»

dpa: Aus Ihrer Sicht hätten die Gespräche überhaupt nicht beginnen dürfen. Was hat denn die Kommission bewogen, genau das trotzdem zu tun?

Lange: «Es ist eine schwierige Operation, den Zeitpunkt genau zu definieren und aus einer defensiven Position in die Gespräche hineinzukommen. Das war sicherlich das Argument der Kommission, jetzt mit angezogener Handbremse in die Verhandlungen zu gehen. Ich habe eine andere Haltung: Meiner Meinung nach muss man den Vereinigten Staaten, die sehr starke offensive Interessen haben, einmal deutlich machen, wo unsere Schmerzgrenze ist.»

dpa: Kritiker monieren, dass der Streit über die Spionageaffäre ein wenig scheinheilig sei, weil sicherlich auch EU-Staaten von den gesammelten Daten profitierten.

Lange: «Es geht schon um den Respekt gegenüber Vorstellungen, die wir in Europa entwickelt haben. Wir haben das individuelle Grundrecht auf eigene Daten, das gilt es zu schützen vor staatlichen Eingriffen, aber auch vor Unternehmen wie Facebook und Google. Das muss die Grundposition in den Verhandlungen sein, daher könnten diese Verhandlungen durchaus zur Verbesserung beitragen.»

dpa: Was sollten denn jetzt inhaltlich in den Gesprächen die vorrangigen Ziele sein?

Lange: «Man darf das Abkommen und die Erwartungen daran nicht überhöhen. Es gibt Zahlen zu zusätzlichen Arbeitsplätzen und Wachstumsimpulsen, die allesamt auf tönernen Füßen stehen. Man muss ganz nüchtern an die Sache herangehen: Wenn man wirklich die Wirtschaftskrise in Europa bekämpfen will, dann braucht man eine andere makroökonomische Politik. Ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten wird keine wesentlichen Impulse beitragen. Auf der anderen Seite gibt es natürlich Effekte, die man einsparen kann: Beispielsweise sind die vergleichsweise geringen Zölle, die es im Falle von Automobilen zwischen den USA und Europa noch gibt, wegen des Volumens dieser Geschäfte durchaus relevant sind - fast 50 Prozent der deutschen Exporte in die USA sind

Autos. Jährlich macht das allein für die deutsche Autoindustrie über eine Milliarde Euro an Zollkosten aus.

Dann geht es um technische Standards: Warum die Blinker in Europa orange sein müssen und in den Vereinigten Staaten rot, kann mir keiner erklären. Das ist auch nicht sicherheitsrelevant. Man kann also die Harmonisierung von technischen Standards angehen, das spart eine Menge. Und die Frage der öffentlichen Beschaffung ist ein Punkt, wo man Marktzugang ermöglichen kann. Das sind praktische Fragen und tiefhängende Früchte, auf die wir uns konzentrieren sollten. Die kann man leicht greifen, während alles andere sehr schwierig wird. Im Agrarsektor sind die Positionen höchst unterschiedlich, bei den Dienstleistungen gibt es viele Probleme. Die Verhandlungen über ein Abkommen mit Kanada laufen schon seit fast vier Jahren, aber im Falle der USA ist es noch komplexer. Wenn man den Zeitplan ernst nimmt, muss man sich auf die tiefhängenden Früchte konzentrieren.»

dpa: Wie lange wird es dann dauern?

Lange: «Das kann man relativ schnell erledigen, bei den Zöllen ist es evident, bei den technischen Standards muss man schauen, welche anerkannt werden können: In der Frage der E-Mobilität könnte man sich darüber einigen, wie der Stecker aussehen soll. Bei den Beschaffungsmärkten gibt es sowohl bei uns als auch in den USA noch immer das Problem, dass die EU- beziehungsweise im Fall der USA die Bundesebene nicht das Durchgriffsrecht auf die Mitgliedstaaten oder Bundesstaaten hat. Das kann man aber lösen. Und dann wäre der Zeitplan mit den 14 bis 18 Monaten realistisch. Bei den großen Themen wie Agrar dagegen dürfte sich das ordentlich hinziehen. Man wird dort keine greifbaren Ergebnisse erzielen können, die deutlich unter fünf bis sechs Jahren liegen.

Selbst der Vorschlag, der herumgeistert, bestimmte Marktöffnungen im Agrarsektor vorzunehmen und Kennzeichnungen einzuführen, wird weder bei uns noch in den Vereinigten Staaten akzeptiert. Denn dann müsste man zwei getrennte Vermarktungswege haben. Diesen Sektor würde ich also ausklammern.»

dpa tst

Veröffentlicht: 18. Juli 2013